

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 144.

Sonabend, den 23. Juni 1923.

5. Jahrgang.

Massenaufmarsch gegen den Hunger!

Die SPD. gegen den Friedensreallohn / Heraus mit Marggraf Helft den Opfern des oberschlesischen Kampfes!

Die Sozialdemokratie gegen den Friedensreallohn

Angeichts der ungeheuerlichen Senkung des Reallohnes haben die Kommunisten die alte Forderung der Gewerkschaften auf Herstellung des Reallohnes der Vorkriegszeit aufs neue betont.

Organe der Arbeiterschaft sollen auf Grund der in der Statistik zu Tausenden vorhandenen Haushaltsberechnungen aus der Vorkriegszeit feststellen, wie viel Papiermark nötig sind, um mit dem Lohn heute dieselbe Menge Lebensmittel und Bedarfsgegenstände kaufen zu können wie vor dem Kriege. Dieser Lohn soll zunächst gefordert werden, das ist der Friedensreallohn. Angeichts der ungeheuren Entbehrungen, die die arbeitenden Massen durchgemacht haben, ist der Friedensreallohn eine durchaus berechtigte und bescheidene Forderung.

Der „Vorwärts“ aber, das Zentralorgan der SPD, fällt während über die Kommunisten her, weil diese die Forderung aufstellen. In der „Arbeiter-Zeitung“ „Drümmberg“ schreibt er:

„Kämpft den Friedensreallohn!“ lautet die neue Parole der Firma. Dieser Friedensreallohn kann erkämpft werden, sobald wir wieder Friedensverhältnisse haben. Das wissen die Parolenmacher sehr wohl. Für die Gewerkschaften aber handelt es sich in der gegenwärtigen Situation zunächst darum, die unausgesprochene Entwertung ihrer heutigen Löhne zu verhüten. Es ist kindisch, über die Schwierigkeiten, die dabei zu überwinden sind, um zu einer möglichst günstigen Regelung zu kommen, zu spötteln, und es ist niederträchtig, von einer neuen Methode zum Massenbetrug zu schreiben. Für die ihrer Verantwortung gegenüber den Gewerkschaftsmittgliedern sich bewußten „reformistischen“ Gewerkschaftsführer sind die Dinge zu ernst, als daß sie sich durch die kommunistischen Parolen und Resolutionsmacher in ihrer Tätigkeit betreten lassen. Aber auch kein vernünftig denkendes Gewerkschaftsmitglied wird sich durch die kommunistischen Quertreibereien irre machen lassen. Für die ganzen Parolen kann sich kein einziger Arbeiter auch nur ein Stück Brot kaufen.“

Wir stimmen dem letzteren zu. Für all die Parolen wie „Goldlöhne“ usw., die der „Vorwärts“ in der letzten Zeit vorbrachte und wieder fallen ließ, kann sich kein Arbeiter ein Stück Brot kaufen. Wir haben noch nie den Arbeitern derartige Illusionen gemacht, sondern betont, daß nur der entschlossene, einmütige Kampf der Gesamtarbeiterschaft die weitere Verelendung des Proletariats verhindern kann. Aber der „Vorwärts“ hat den Plan der Osterreichisierung der deutschen Arbeiterschaft mit schillernden Seitenblättern eingeleitet, um die Massen über das weiße Porzellan zu täuschen. Aber sollte auch durch arbeitgemeinschaftliche Abmachungen versucht werden, der Arbeiterschaft für Monate Fesseln anzulegen um sie gewaltsam auf der heutigen Hungerration halten, wir sagen jetzt schon:

Die Arbeiterschaft wird diese Fesseln sprengen und den Kampf um den Friedensreallohn weiterführen.

Schamer um die Haut des Proletariats

Berlin, 23. Juni.
Gestern hatten die Spitzenverbände der freien christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften an Hand der vorliegenden Pläne eine gemeinsame Erklärung über die Schaffung wertvollerer Löhne und Gehälter. Er ergab sich

Sinigkeit auch über die praktische Behandlung der Frage: Heute findet eine Besprechung mit der Zentralarbeitsgemeinschaft statt.

Die vorliegende Meldung des „Vorwärts“ von heute früh gewinnt an Bedeutung durch die bereits gestern mitgeteilten Einzelheiten, wie von den Gewerkschaften die Forderung der wertbeständigen Löhne aufgestellt wird. Die Arbeiterschaft muß um so mehr ihren Kampf für Vorkriegsreallohn fortsetzen.

Berliner Arbeiterfrauen gegen den Hunger

Berlin, 23. Juni.
Gestern demonstrierten Hunderte von Frauen Berlin-Oberschönau gegen den unerhörten Mangel an Lebensmitteln. Sie formierten sich in einem größeren Zuge, der zu den Großbetrieben zog und verlangte eine Wirtschaftshilfe von 500 000 Mark. In einer einstimmig angenommenen Resolution verlangten sie wertbeständige Löhne in Höhe des Friedensreallohnes.

Der Kartoffelmangel in Berlin ist katastrophal geworden. Auf Grund privater Anzeigen konnte die Wachpostel gestern etwa 450 Berliner Kartoffeln beschlagnahmen, die in Geschäften und Bahnhöfen verborgen waren.

Bersärfster Kampf in Brandenburg a. d. S.

Geschlossen kämpft die Arbeiterschaft in Brandenburg den Existenzkampf. Am Mittwoch und Donnerstag sind noch mehr Streikende hinzugekommen. Der Generalstreik ist Tatsache, nur das Elektrizitätswert ist im Betrieb. Am Donnerstag traten die Arbeiter von Kirchhölzer in den Solidaritätsstreik. Der Kampf hat sich also ausgedehnt über die Stadt hinaus. Provokateure sind am Werke und am Donnerstagnachmittag ist ein Bürgerlohn aus Brandenburg als Provokation entlarvt worden. Er wollte die Arbeiter gegen die Schupo heben. Besonnenes Proletariat packen den Burschen und übergaben ihn der Polizei, nachdem der Name festgestellt worden war.

Die Gewerkschaftsführer verdrängen in einem Flugblatt: Die Forderungen der Gewerkschaften sind erfüllt. Sie empfehlen den Arbeitern die „wertbeständigen“ Löhne und organisieren so den Streikbruch. Sie muteten der Streikleitung zu, dieses Flugblatt zu unterzeichnen. Dieses Verlangen wurde abgelehnt.

Die Erbitterung der Arbeiter aller Parteirichtungen ist groß gegen die schwindelhaften „Goldlöhne“ der Gewerkschaften. Die Arbeiter wollen nicht, daß ihre Hungerlöhne stabilisiert werden. Sie wollen den realen Lohn, den sie in Friedenszeiten gehabt haben.

In der Streikverklammerung der Arbeiter am Donnerstag mittag wurde einstimmig beschlossen, an das Metallkartell heranzutreten mit der Aufforderung, sofort in Verhandlungen mit dem Fabrikantenverein zu treten, um die Löhne an die Friedenslöhne heranzubringen. Aus Arbeitern aller Parteien wurde eine Kommission gewählt, die einen Druck ausüben sollen auf die Gewerkschaftsleitungen betr. Einstellung von neuen Lohnverhandlungen.

Am Donnerstag sind 2500 Bauarbeiter zu den Streikenden gestoßen.

Als Erfolg des Streikes ist zu verzeichnen, daß die Unternehmer gezwungen sind, jetzt mit der Streikleitung zu verhandeln. Doch bestehen die Streikenden auf ihren Forderungen, insbesondere Aufhebung des Belagerungszustandes.

Zum Landarbeiterstreik in Ostpreußen

In der Sitzung der Kreisversammlung der kommunistischen Fraktion einen Antrag eingebracht, nach dem der Kreisrat sich den berechtigten Forderungen der Landarbeiterschaft anschließen soll und für die Dauer des Kampfes sollen der Arbeiterschaft aus den Mitteln des Kreises Lebensmittel unentgeltlich bereitgestellt werden. In einem weiteren Antrag wird gefordert, daß der Kreisrat schärfsten Protest gegen die verlogene Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen erheben soll.

Die Streikwelle

Metallarbeiterstreik in Plauen. Die Belegschaft der Voigtländischen Maschinenfabrik hat heute mittag wegen Lohnstelligkeiten die Arbeit niedergelegt.

Metallarbeiterstreik in Mecklenburg. Nachdem am 20. Juni die Rostocker Metallarbeiter in den Streik getreten, waren, folgten am 21. Juni die Metallarbeiter im übrigen Mecklenburg. Der „unparteiische“ Vorsitzende hatte nämlich am Dienstag einen Spruch gefällt, nach dem ein Spitzenstundenlohn von 3000 Mark gezahlt werden sollte. Da verließen die Arbeitnehmer demonstrativ den Sitzungssaal. 5000 Metallarbeiter stehen im Kampf.

In Wandersbeck ist wegen Nichtanerkennung des Tarifs durch die Firma die Belegschaft der Uebersee-Gummitwerk A.-G. in den Streik getreten.

Die Kupferschmiede der Allg. Transportanlagen-Gesellschaft Leipzig-Großhauer sind wegen Lohnstelligkeiten in den Streik getreten.

Die unerhört ausgebeuteten jugendlichen Abschneider und Abschneiderinnen der Bremen Jute Spinnererei sind in den Ausstand getreten.

Hungerdemonstration in Rostock

Wegen der Verschiebung von Kartoffeln und der hohen Wucherpreise forderten die Rostocker Hausfrauen in einer Demonstration behördliches Eingreifen gegen die Markthändler. Statt dessen wurde Schupo auf die Frauen gehetzt, diese holten darauf ihre Männer von den Werften. In eindrucksvoller Demonstration legte die Bevölkerung gegen das Hungerelend und die Schupo Provokation Protest ein.

Unterstützt die Opfer des Kampfes!

Bei den Kämpfen um ein Stück Brot sind Hunderte von Arbeitern auf der Straße geblieben. Die rachsüchtigen Kapitalisten haben dafür gesorgt, daß die gemäßigten Kämpfer nichts finden. In den Familien der Gemäßigten herrscht bereits bittere Not. Frauen und Kinder schreien nach Brot. Arbeiter bedenkt, daß heute jeder Tag ohne Lohn bereits eine Katastrophe für die Familie bedeutet und daß eure oberschlesischen Brüder seit 3 Wochen buchstäblich hungern. Bei allen Solidaritätsaktionen, Sammlungen für die „Rote Hilfe“, Antilohnarbeiterkampf, zeigtet sich die oberschlesischen Arbeiter als die opferwilligsten Kameraden, wollt ihr eure opferwilligen Brüder, die vom Kapital zum Hungertode verurteilt sind, bezweifeln lassen? Geht schnell und reichlich! Geldsendungen nimmt im Auftrage des provisorischen Betriebsratsausschusses der Genossenschaft, Hindenburg, entgegen.

Der „Hochverräter“ Marggraf

Unser Genosse Marggraf, der während des oberschlesischen Streiks angeblich wegen Hochverrats verhaftet wurde, ist heute noch in Haft, trotzdem heute feststeht, daß die Verhaftung unter den schändlichsten Umständen erfolgt ist. Wir sind auch heute noch der Auffassung, daß die Verhaftung des Genossen Marggraf nur eine Provokation der Stiehlenden sein sollte, um sie zu irgendwelchen Schritten hinzureißen. Das zeigt sich schon bei der Verhaftung. Als Genosse Marggraf den Volkspresidenten Bed in Gleiwitz wegen seiner Verhaftung befragt wurde, erklärte: Die Sache kommt von außerhalb. Als Genosse Marggraf sich hierauf mit dem Oberpräsidenten in Oppeln in Verbindung setzte, wurde ihm erklärt: Mein Name ist Hase, ich weiß von nichts. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß der Herr Oberpräsident den Haftbefehl doch erlassen hat. Welches Verbrechen soll Marggraf begangen haben? Er soll nach dem Ermittlungsakten zum gewaltsamen Sturz der Weimarer Verfassung aufgefordert haben. (Hu, hu!) Zum andern soll er der Loslösung deutschen Gebietes Vorschub geleistet haben um eine Vereinigung ganz Oberschlesiens herbeizuführen. Dabel muß aber betont werden, daß aus den Ermittlungsakten nicht klar hervorgeht, was sich diesen Verbrechen Schuldig gemacht haben soll. Es wird da nämlich die Partei und die Person des Genossen Marggraf so durcheinander gerührt, daß es sicher selbst dem spitzfindigsten Staatsanwalt nicht möglich sein wird, hier eine Lösung zu finden. Auf das Irrsinnige der ganzen Anschuldigungen brauchen wir nicht einzugehen, da sie eben nur Vorwände sind, um einen tätigen Kommunisten auf einige Zeit unschädlich zu machen. Wir fordern die sofortige Freilassung unseres Genossen Marggraf!

Neue Löhne für die Bergarbeiter

Berlin, 23. Juni.
Bei den Lohnverhandlungen für die Bergarbeiter im Reichsarbeitsministerium einigten sich die Parteien im besetzten Gebiet dahin, daß mit Wirkung vom 25. Juni ab eine durchschnittliche Lohnerhöhung um rund 20 000 Mt. eintritt.

Damit ist für die Bergarbeiter des besetzten Gebietes eine Erhöhung der Schichtlöhne um etwa 57 Prozent eingetreten. Ueber den Abschluß neuer Verhandlungen für die Arbeiterschaft der übrigen Gebiete verlautet noch nichts. Die Politik der Grubenbarone ist klar. Sie glauben, daß die schlesischen Bergarbeiter, die soeben einen heldenmütigen Kampf beendet haben, sich niedergelassen fühlen. Aber die Herrschaften werden sich irren. Die gemäßigtesten Kameraden sind ein Ansporn für die Bergarbeiter zu neuem Kampf zu rufen. Wollen die schlesischen Grubenbarone einen neuen Satz wagen, so sei ihnen gesagt, die Front steht einig und geschlossen, trotz der Opfer des letzten Kampfes.

Die neue Devisenverordnung

Berlin, 23. Juni.
Der Reichspräsident Ebert hat gestern eine neue Devisenverordnung erlassen, durch die der Handel nur mit amtlich notierten ausländischen Zahlungsmitteln und mit Ausnahme der Reichsbank nur an Börsentagen gestattet ist. Praktisch bedeutet diese Verordnung die Ausschaltung der kleinen Spekulanten zugunsten der Riesenspekulanten nach dem Beispiel Stinnes, der, wie vom Untersuchungsausschuß des Reichstages einwandfrei festgestellt ist, durch seine Pfundkäufe unter der Hand wesentlich zum damaligen Marksturz beigetragen hat.

Nachlänge zum oberschlesischen Streik

Unter der Spitzmarke „Hat ein sozialdemokratischer Polizeipräsident nichts anderes zu tun?“ schreibt uns ein Augenzeuge aus Gleiwitz: Die Zentralstreikleitung hatte am 9. Juni Plakate anheften lassen, in denen sie die Arbeiterschaft auffordert, den Provokationen der Polizei aus dem Wege zu gehen und eifernde Disziplin zu halten. Ein solches Plakat wurde auch in der Nähe des Eingangs der Werks-

tungsstärke der Gegenstände an einem...
Weller angelebt. Die 8. Gemeinde wird oft
zu Schulungen der obersten Unternehmern
benutzt. Am 9. Juni standen vor dem Gebäude
des Autos. Kurze Zeit nach dem Unfall
angefasst war, konnten 5 bis 6 Personen aus dem
Gebäude. Unter diesen Personen befand sich auch
der sozialdemokratische Polizeipräsident
Präsident Bed von Olesch. Die stark
gedrückten Gesichter der Herren bildeten einen
starken Kontrast zu den fröhlichen Gesichtern der
hungernden Proleten. Andere Leute, die die
Herren ebenfalls sahen, meinten, die Gesichts-
züge sei auf Wahnsinnsfreude zurückzuführen. Wie-
leicht ist das richtig. In solchen Situationen
haben bekanntlich früher Bonner Studenten
Schulgelde in den Kassen geworfen. Das geht
in Oberschichten freilich nicht an, noch dazu wo
man die Güte gegen die Streikenden braucht.
Dafür könnte aber der sozialdemokratische
Polizeipräsident Bed, der freilich kein Bonner Student, aber doch immer-
hin über Studentenstreiche aus seiner früheren
Zeit genügend unterrichtet ist, sich sofort auf
das Malat der Streikleitung für-
gen und mit dem Abstreifen bestimmen. Bei
einem Haar wäre diese „Heldentat“ doch noch
schlecht abgelaufen. Arbeiter verstehen in sol-
chen Sachen wenig Spaß. Herr Bed konnte
sich sein, im Auto schnell entwischen zu kön-
nen. Ihm hätten die Arbeiter am Ende doch noch
noch in „Freiübungen“ versucht.
Die „Arbeit“ des „Genossen“ Bed zeigt, daß
er in Gemeinschaft mit den Unternehmern pro-
vozieren wollte. „Für Teufel, wenn sich so
etwas noch Sozialdemokrat nennt. Was aber
sagen die sozialdemokratischen Arbeiter dazu?

Kleinbauern, Wächter und Giedler!

Die Landarbeiter, eure Berufscollegen stehen im
Kampf gegen den Großgrundbesitzer. Der Land-
arbeiter muß nun stellenweise zusehen, wie ein Teil
von euch Streikbrecherdienste leistet. Das ist ver-
werflich. Denkt ihr nicht darüber nach, daß der
Kampf der Landarbeiter ein Kampf
um ihre Existenz ist? Seht ihr nicht, daß
es dieselben Großgrundbesitzer sind, die bei der
Durchführung der Siedlungsfrage es sehen möchten,
daß die Landarbeiter entlassen werden? Dieselben
Großgrundbesitzer, welche, um euch in ein
Land geben zu müssen, versuchen, die Land-
arbeiter gegen euch aufzumiegeln, sind es, die euch
für die Streikbrecherarbeiten frei-
willig mehr bezahlen, wie die Land-
arbeiter fordern.
Deshalb warnen wir euch, stellt sofort die
Streikbrecherarbeit ein und begreift, daß wir nur
im Verein mit der gesamten schaffenden Bevölkerung
unsere Forderungen und Ziele erreichen können.
Kann aber ein Schaffender im Reiche mit euch
noch sympathisieren, wenn ihr als Streikbrecher
denen in den Rücken fällt, auf die wir angewiesen
sind, wenn wir unsere Forderungen durchsetzen
wollen? Nun, sie können und werden es nicht
mehr, wenn ihr nicht sofort jede Streikbrecher-
arbeit aufhebt. Dadurch, daß ihr in einem Teil
Streikbrecherarbeit geleistet habt, ist wieder der
Beweis erbracht, daß ihr selbst nicht genug Land
besitzt um dauernd auf eurer Scholle Arbeit zu
haben. Wir müssen jetzt alle Schaffenden
aufrufen, uns anzuhelfen, daß ihr durch die
Siedlung soviel Land vom Großgrundbesitzer
bekommt, daß ihr in Zukunft nicht mehr auf
Streikbrecherarbeiten angewiesen seid.
Beherrschet dieses, stellt die Streikbre-
cherarbeit ein. Euch kann es eine anstän-
dige Art und Weise geholfen werden mit Inter-
vention derjenigen, denen ihr heut durch die
Streikbrecherarbeit in den Rücken fällt.
Bund schaffender Landwirte, Bezirk Ostpreußen
Voritzender Bruchm.

Wie Giedler über die Ihren gehört werden

Aus dem „Vorbereitung“ Reichs- und Landes-
parlamenten wird nun ein „Schlichter-
tribunal“ aufgestellt folgende Mitteilung:
Der Reichstag in Berlin hat am 13. März
und die Oberländer in Danzig am 25. März
Land des Reiches an diese Stelle ver-
traten. Dem Reichstag für die Landes-
parlamenten. Die Länder haben am 22.
April 1922 mit dem Reichstag verhandelt
und eine Vereinbarung abgeschlossen.
Der Reichstag beträgt den Betrag 600
Mill. für die Kaufmann ist am 1. Oktober
1922 zu setzen die andere Hälfte am 1. April
1923.
Wir haben am 1. April die Hälfte des
Betrages. Am 1. April 1923 hat man jedoch
die andere Hälfte nicht eingezahlt, wodurch
uns jetzt eine neue Forderung zugehört, nach
der der zweite Teil des Reiches zu zahlen
werden muß und soll. Die bereits be-
zahlte Hälfte ist ungefähr als ein Drittel be-
zogen. Wir müssen angeregt werden. Wir
wünschten nicht, wie wir das jetzt gefordert. Die
Anforderungen sind und werden gestiegen. Das
Reich wird angeregt, mit dem Reich des be-
reits gezahlten Geldes. Das bedeutet einen
völligen Ruin.
Es liegt hier ein offener Betrug der Giedler
vor. Die Sache wird zunächst ein gericht-
liches Schlichtertribunal. Die Giedler Land-
parlamenten, was er erkennen, daß sie nur die in-
teressierten Herrschaften immer die Betroffenen
sind, sie müssen erkennen, daß es notwendig
ist, an der Seite der Arbeiterschaft für eine
Regierung der Arbeiter und Bauern zu kämpfen.

Subventionsfrage

Auf den Gut Ansbach bei Weimar liegen
50 Morgen Land, gute Ackerboden, völlig un-
bebaut. Nach Einstellung einer Landarbeiter-
konzession haben die dortigen Landarbeiter
von der Gutverwaltung trotzdem nicht das
ihnen zustehende Deparatland erhalten. Es
liegt hier auch ein Verstoß des SPD-Reichs-
leiters Bismarck vor, der sich absolut nicht da-

Zum Breslauer Haushaltsetat

Unsere Genossen schenken im allgemeinen der
Vorgänge in der Kommune viel zu wenig Auf-
merksamkeit. Sehr zu Unrecht. Denn gerade
die Vorgänge in der Gemeinde bieten uns eine
Fülle von Agitationsstoff. Sie zeigen uns zu-
nächst einmal, daß trotz aller sogenannten de-
mokratischen Organisationsform die Kommunen
keine sozialen Gemeinwesen sind, sondern daß
genau so wie im Reich und Einzelstaat, es das
Proletariat ist, das auf seinem Rücken alle
Lasten trägt.
In dieser Beziehung ist der Breslauer Haus-
haltsetat für 1923 äußerst lehrreich. Sehen wir
uns den Etat einmal etwas näher an.
Wie steht es mit den Schulen?
Nach der Revolution von 1918 waren die
Breslauer Arbeiter der Ansicht, daß die Zeit
der Einheitschule gekommen sei und daß nun
endlich die Eltern und Väter der Bourgeoisie
das Stadtbüchel nicht höher belasten dürften
als die Volksschüler.
Die Besessenen haben es aber verstanden,
den Abbau der höheren Schulen zu verzögern
bzw. zu verhindern. Dadurch ist der schmäh-
volle Zustand bestehen geblieben, daß für die
Volksschüler, genau so wie zu Wilhelm's Zeiten,
erheblich weniger aufgewandt wird als für
die Schüler der Mittelschulen und höheren Lehr-
anstalten.
Laut Haushaltplan wendet die Stadt für
einen Volksschüler 51 393 Mark
gegen 824,34 Mark im Vorjahr auf.
Bei den 5664 Mittelschülern wendet die Stadt
über 100 Prozent mehr pro Schüler auf.
Jeder Mittelschüler erfordert einen Zuschuß
von 129 745 Mark.
Man wird vielleicht einwenden können, daß
Mittelschüler sehr oft Kinder von Arbeiterkern
sind. Mag sein. Trotzdem ist die Bevorzugung
der Mittelschüler ein Unrecht gegenüber den
ärmsten Proletariatskindern, welche die Volks-
schule besuchen.
Wir werden später zeigen, daß gerade an den
Volksschulen am meisten gespart wird.
Ein unerhörter Skandal aber ist es, daß für
jeden Schüler der höheren Knaben- und Mäd-
chenschulen ein Zuschuß von
122 363 Mark
aufgewendet wird. Es kommen 6056 höhere
Schüler in Frage.
zum bemühte, daß die Landarbeiter ihr Depu-
tatland erhalten.
Das verbrecherische Treiben der Gutsbesitzer.
die trotz der Nahrungsmittelentziehung großen Land
der Nahrungsmittelproduktion entziehen, kann
mit bestritt werden, wenn die Arbeiter und
Kleinbauern gemeinsam dagegen aufstehen.
Das Vorgehen des Ober-Rath vom Kammer-
gericht zeigt, daß die sogenannte sozia-
listische Regierung Thüringens elend verfaßt.
Ihre Aufgabe wäre es, sofort die Wegnahme
des unbedeutenden Landes zu veranlassen. Die
Arbeiter und Kleinbauern müssen darum kämp-
fen um ihre Interessen vertretende Re-
gierung der Arbeiter und landarmen Bauern.

Das Landessteuergesetz

Bei der Beratung des Landessteuergesetzes
gab die kommunistische Fraktion des Reichs-
tages folgende Erklärung ab:
„Der seit Jahren manövrierte fortwährende
finanzielle Verfall der Gemeinden, der zu immer
schwereren Belastungen bei den wichtigsten
sozialen und kulturellen Aufgaben geführt hat,
kann wirksam nur durch einschneidende wirt-
schaftspolitische Maßnahmen eingegriffen
werden, wie sie eine Arbeiterregierung durch-
zuführen müßte.“
Die jetzige Regierung hat trotz schämmender Ket-
ten des gegenwärtig sich vollziehenden ver-
hängnisvollen Marktwirtschaftlichen Zerfalls
Lösungen über die von ihr gegen die Mark-
tastrophe zu unternehmenden Schritte ab-
gegeben. Sie bewußt damit wiederum, daß
die anstehende ist, den Zusammenhang anzu-
halten und der weiteren Verschärfung der Ge-
meinden zu weichen durch die Geldentwertung Ein-
halt zu tun.
Einerliche Maßnahmen können auf so schwan-
kendem Grunde der Rolle der Gemeinde keine
Absicht bringen. Der vorliegende unzulängliche
Bertrag der finanziellen Rettung wird aber noch
besser unter Spannung und Begünstigung des
Bertrages, lediglich auf Kosten der Verbürger
gemacht.
Das Gesetz bringt neue Begünstigungen der
agrarischen Kreise bei all jenen Steuern, die der
Kommunen Nutzen bringen. Obwohl durch eigenes
Verhalten des Reichsfinanzministeriums die gegen-
wärtige unzureichende Begünstigung der Gemein-
den teilweise aufgehoben ist, werden deren Belastungen
durch Gemeindegeldzuschüsse zu den Reichs-
finanzen, Vermögens- und Erbschaftsteuern ab-
gelehrt, was nach Ansicht der Kommunisten
aber die einzigen Weg zur Rettung der Ge-
meinden ist. Eine neue Begünstigung zu diesen
Begünstigungen bringt das Gesetz wieder

Der Herr Kammerer gibt in seinem Bericht
auch die Ursache für den hohen Zuschuß an.
Er schreibt:
„Bei der Geldentwertung nicht entsprechende
der Bemessung der Schulgelde entfällt auf
jeden Schüler ein städtischer Zuschuß von
122 363 Mark, also der reichlich sechsfache Ver-
trag des Schulgelde.“
Weil also der Magistrat den Angehörigen
der beliehenden Klassen — die keine Steuern
zahlen — fünf Sechstel des Schulgelde schenkt,
müssen die Arbeiter für die 6533 Schüler höherer
Lehranstalten
601 844 739 Mark
aufbringen.
Daß die bürgerlichen Stadtverordneten mit
der Begünstigung der Schüler höherer Lehr-
anstalten auf Kosten der Volksschüler einver-
standen sind, versteht sich am Rand.
Aber auch der Redner der sozialdemokrati-
schen Fraktion, Herr Dars, hat in seinem Etat-
referat das Kapitel Schulen nicht mit einer
Silbe erwähnt und damit der Breslauer Ar-
beiterchaft gezeigt, daß die SPD auch ihr
früheres Schulprogramm zum alten Eisen ge-
worfen hat.
Wo gespart wird!
Halten wir uns auch hier an den Bericht
des Kammerers:
„Die allgemeinbildenden Anstalten werden
voraussichtlich von 68 293 (gegen 70-71 000)
Schülern besucht sein.“
Von diesem Rückgang werden namentlich die
Volksschulen betroffen. Um in möglichst gerin-
ger Maße Aufwendungen für die sogenannten
Lernlehrer machen zu müssen, ist bei dem Rück-
gang der Schüler die Zahl der Klassen um 48
verringert.
Ein Etat, an dem gespart werden
könnte,
ist die Polizeiverwaltung. Sie erfor-
dert einen Zuschuß von 476 429 122 Mark. Al-
lein der Beitrag zu den Kosten der staatlichen
Polizei erhöht sich gegenüber dem Vorjahr
um 366 140 000 Mark! — und wird ange-
sichts der Geldentwertung und angesichts des
Grades von Drilbedürfnisses der Schupo-
offiziere noch um das Drei- und Vierfache
wachsen.
indirekte Steuern, wie die Gemeindesteuern auf
Bier und alkoholfreie Getränke und andere
preissteigernde Steuern.
Eine schwere Benachteiligung der Gemeinden
und der Arbeiter bedeutet es, daß bei den Zu-
schüssen keine Berücksichtigung der Arbeiterlöhne
erfolgt obwohl die Reichstabelle die Löhne
der Gemeindefunktionäre genau so berühren, wie
die Gehälter der Gemeindebeamten, für die an
die Gemeinden mit Recht hohe Gehaltszuschüsse
geleistet werden.
Die reichsweiten Anteile der Gemeinden an
einigen Reichsteuern sind so unzulänglich, daß
sie zum Teil in ihren absoluten Erträgen
hinter den Regierungsvoranschlag noch zurück-
bleiben. Trotzdem sind alle Anträge auf eine
höhere ausreichende Zuteilung abgelehnt. Die
Folge davon wird bei der jetzigen Marktlage
Krisis die Fortsetzung der bisherigen völlig
unzulänglichen Zuschußwirtschaft auf Kosten der
Arbeiter sein, womit die Selbstverwaltung
der Kommunen immer stärker erschüttert wird.
Durch die Aufrechterhaltung der Doppel-
belastung der Gemeinden durch die Umsatz-
steuer werden in den Zusammenbruch der Ge-
meinden auch die Genossenschaften hinein-
gerissen.
Schließlich bringt das Gesetz noch eine er-
neute Verstärkung des Eingriffrechts der lapa-
listischen Reichsregierung gegen die Gemein-
den und Länder. Langjährige Erfahrungen zei-
gen, ebenso wie die neuesten Fortkommnisse in
Anhalt und Sachsen, daß Eingriffe der Reichs-
regierung sich stets nur gegen Arbeitergemein-
den und Länder mit proletarischen Mehrheiten
gerichtet haben. Diese Möglichkeiten zu ver-
stärken, haben die Kommunisten angesichts ei-
ner kapitalistischen Regierung keinerlei Ver-
anlassung. Das sachliche und politische Grün-
den wird deshalb die kommunistische Fraktion
dem Landesparlament in seiner jetzigen Form
die Zustimmung verweigern.

Breslauer Landtag

In der Fortsetzung der dritten Beratung des
Landeshaushalts wurde der Antrag von der
SPD, der sich im Ruhegebiet vor den Berg-
arbeiten nicht mehr leisten lassen darf, noch
einmal den Vorstoß des Reichsparlamentes
zu einer kommunikativen Zuschuß-
übernahme. Es trat ein wille. Die kommunisti-
sche Fraktion lehnte ab. Eine dringende
Anfrage auf die SPD, jetzige Genosse So-
phie geantwortet ab.
Genosse Sothoff legte dem Hause einen
Entwurf vor, diesen Entwurf durch
Einsparungen vor. Der von uns unterzeichneten
etwa vom Grafenkapital aus erstellten Ge-
setze abgenommen ist. Hinderlich anderer
der Anträge haben die Franzosen der Arbeit-

Den Etat der Porzellanmanufaktur nahm
Genossin Hanna Ludewig zum Anlaß die
Forderungen der Arbeiterkassen in der Porzellan-
manufaktur entgegen gegen das Ministerium
zu vertreten. Im besonderen verlangte sie An-
erkennung ausserordentlicher Verfügungsbefugnisse
der Altpensionäre dieses Betriebszweiges.
Beim Etat der allgemeinen Finanzverwaltung
stellte Genosse Charpentier der überhöhten
Steuerbelastung des werktätigen Volkes die
schamlose und geradezu aufreizende Steuer-
brüchebergerei der Besitzenden gegenüber. Mit
kräftigen Worten nagelt unter Genosse das
diese Zustände direkt begünstigende Verhalten
der Regierung und der Mehrheitspartei fest.
Genossin Wolstein rechnete beim Etat
des Landtags mit Reinert und seiner Mehr-
heit wegen der fortgesetzten Vergewaltigungs-
praktiken an der kommunistischen Fraktion kräf-
tig ab. Reinert, Sellmann und die bürger-
liche Koalitions-Genossenschaft schwiegen sich
tapfer aus.
Der faktische Gröner
Wir übergeben hiermit folgendes Dokument
der Öffentlichkeit:
Reichsbahnverwaltung Berlin, 7.6.23
Pr. la A 22.
An die Eisenbahnverbesserungswerte, alle
Rente, Baue, Dienststellen usw.
In der Zeit vom 14. bis 18. Juni d. J.
sind in München ein Deutsches Turn-
fest statt. Sofern Bedienstete Mitglieder der
„Deutschen Turnerschaft“ sind und sich am
Fest beteiligen wollen, ist ihnen Anträgen auf
Urlaub und Freifahrt unter Anrechnung —
soweit dienstliche Rüdichten nicht entgegen-
stehen — stattzugeben.
Gg. Dr. Haas.
Bekanntlich hat die „Deutsche Turnerschaft“
extrem-nationalistischen Charakter. Die Hitler-
leute versuchen sogar, die Münchener Veran-
staltung zu einer rein-nationalsozialistischen zu
machen und haben, als ihnen das doch noch
nicht gelang, die Parole ausgegeben zum
Massenbesuch. Gröner scheint durch seine Sub-
jekte dieser Parole Folge leisten zu wollen.
Wir fordern, daß hier sofort eingegriffen und
die völkischen Eisenbahner nicht anders be-
handelt werden als die übrigen. Vom Ge-
neral Gröner freilich kann nichts anderes er-
wartet werden, als eine Unterführung der völ-
kisch-antisemitischen Agitation.
Zeichen kapitalistischen Bankrotts
Ueber die Folgen des Währungszerfalls in Polen
berichtet der Reichsbote „Vorwärts“:
„Die Folge dieses jähren Sturzes der polnischen
Mark ist eine ungeheure Teuerungswelle, die
unter den Arbeitern und Angestellten naturgemäß
eine ungeheure Erregung erzeugt. Eine besonders
schmerzinbringende Begleiterscheinung des Sturzes der
polnischen Mark ist aber diesmal die Lahmlegung
der Industrie und des Handels und im Verein
damit die Steigerung der Arbeitslosigkeit. Wäh-
rend bisher das Sinken einer Währung in der
Regel die Belebung von Handel und Wandel be-
deutete, ist das jetzige Sinken der polnischen Mark
von einer schweren Wirtschaftskrise begleitet. Be-
sonders schwer ist, wie aus Warschau gemeldet
wird, das Lodzer Industriegebiet betroffen, wo
eine vollständige Stilllegung bevorzusehen ist. Bis-
her hatte die Verschlechterung der Währung überall
wenigstens einen erhöhten Beschäftigungsgrad
zur Folge. Er half, besser gelagt, täuschte über
die unmittelbaren Folgen der Katastrophe hinweg.
Daß sich diesmal zum Zusammenbruch der
polnischen Wäuta auch die allmähliche Stilllegung
der polnischen Industrie gesellt, ist ein neuer
Beweis für den unheilbaren Niedergang des
Kapitalismus. Daß des „Siegerlagers“ Polen,
trotz der französischen Kredite, valutärlich dort an-
gelangt ist, wo das besiegte, an Händen und
Füßen gefesselte Deutschland, ist ein Zeichen
rapidem Niedergang Polens und darüber hinaus
jener Mächte, die hinter Polen stehen.“

Der Krieg kostet Geld und Menschenopfer

W.B. Paris, 22. Juni. Der Senat setzte
heute mittags die Beratung des Haushalts
für 1923 fort. An zweiter Stelle stand das
Budget des Kriegsministeriums zur Debatte.
Die Kammer hatte mit diesem Budget u. a.
eine Kredit von 25 Millionen Franc für
die Levente-Armee angenommen. Die
Finanzminister des Senats hat diesen auf
22 Millionen herabgesetzt. Der Kriegsminister
ließ sich teilsweise 25 Millionen. Nach einer
kritik des Senators Victor Perard an der
Bewertung des Krieges wurde die Forderung der
Reduktion mit 177 gegen 115 Stimmen ab-
gelehnt und der von der Kommission vorge-
schlagene Kredit von 22 Millionen angenom-
men. In der Debatte riefte Senator Berard
an den Kriegsminister die Anfrage, ob es zu-
trefte, daß die englische Presse angebe-
te, in Marokko in Gang befindlichen Oper-
ationen schwere Verluste zur Folge gehabt
hätten, daß es einen wahren Krieg darstellte.
Kriegsminister Marinol erklärte darauf, daß
der Feldzug in Marokko energetisch fortgesetzt
werde und daß die Verluste unbedeutend seien.
Er werde die Ziffer im Jahresauswuchs be-
samtgeben.
Parteiaufbau
Im Interesse der SPD wurden in den letzten
14 Tagen vier Ortsgruppen neu gegründet
und 90 neue Mitglieder gewonnen. In
Silsdorf wurden allein gewonnen die Par-
tei im letzten Monat 35 Abonnenten der Zei-
tung.
In Oldenburg, einem kleinen Orte im
Westfälischen Bezirk, in dem die SPD bisher
nicht mit einer Ortsgruppe vor 3 Mitgliedern
bestand, wurde nach einer Besprechung eine
Ortsgruppe errichtet, der sofort 30 Mitglieder
beitraten.

Was Breslau

Für das arbeitende Volk ist das Beste gerade gut genug!

Die durch brutale Willkür und Machtmißbrauch einiger Vorstandsmitglieder im „Direktorenverband“ zur Arbeitslosenerleichterung gezwungen sowie ausgepörrten, sämtlich freigeberisch in der „Internationalen Arbeiterliga“ (angehörig dem „I.A. Bund“) organisierten Künstlerinnen und Künstler veranstalteten am Sonntag, den 24. d. Mts. im „Gewerkschaftshaus“ eine vollständige Varietee- und Kabarettvorstellung mit einem derartig großen erstklassigen Programm, welches selbst der „Militärbühnen“-Direktor nicht bieten kann. Der Ertrag kommt restlos zur Hälfte den notleidenden Familien unserer so heldenmütig im Kampfe ausharrenden Kollegen Landarbeiter und zur anderen Hälfte den Familien unserer freilebenden Kollegenschaft zugute. Alles weitere in der morgigen Ausgabe.

Wollgenossinnen und -genossen! Zeigt durch Massenbesuch eure Liebe zu den kämpfenden Brüdern und Schwestern und denkt daran, wie schnell vielleicht auch ihr, vom Hunger getrieben, unseren Beispiel folgen müßt!

Die Streikleitung Breslau der Internationalen Arbeiterliga.

„Genosse“ Dars

Herr Reinhold Dars ist großes Unheil überfahren. Es ist ihm so jämlich das Schwämmchen passiert, was einem alten, braven SPD-Mann und rhablen Kommunisten passieren kann. Die „Breslauer Zeitung“ hat ihn wegen seiner letzten Staatsrede auf eine Stufe mit den von ihm hitlich gehaltenen Kommunisten gestellt. Sie schreibt über seine Staatsrede:

„Statt nun in die Einzelheiten des Staats näher einzugehen, hielt er es für angebracht, in einer parteipolitisch recht hübsch erdachten Rede nicht nur die Verdienste seiner Partei um die Republik gebührend herauszuheben, sondern auch parteipolitisch die Regierung Cuno, die, wie er behauptete, bei diesen Verhandlungen mit der Entente Schiffbruch gelitten habe, wie keine andere Regierung zuvor, wenig geschmackvolle Vorschläge zu machen, die einem Kommunisten zur Ehre gereicht hätten, nicht aber einem Parteigenossen der sozialdemokratischen Partei.“

Der arme Herr Dars! Was hat er nicht verdient. Er muß sich die „able Machrede“ der „Breslauer Zeitung“ nicht alles zu Herzen nehmen, sondern sich damit trösten, daß das hochste Stimmrecht auch nicht mehr dem Sozialismus verbleibt wie er von Stat.

Flamme gegen Freidenker-Berein

Man schreibt uns: Am 20. d. Mts. tagte in der Aula des Magdalenengymnasiums eine Mitgliederversammlung der „Flamme“ mit der Tagesordnung: Stellungnahme zum Verein der Freidenker über seine Agitation zum Austritt aus der Kirche und Beitrags- und Leistungssteigerungen des Vereins. Wie kam es dazu, und von welchen Beweggründen ließ sich der Vorstoß der „Flamme“, Herr Justizrat Dr. Maruse, leiten? Er erklärte, daß 25 Mitglieder den Antrag gestellt hätten, eine Versammlung zu diesem Zwecke einzuberufen, um eventuell die Satzung der „Flamme“ dahin abzuändern, daß politische und religiöse Tendenzen ausgeschaltet oder eine scharfe Entschliebung gegen den „Verein der Freidenker“ herbeigeführt werden muß. Die Antragsteller wurden vom Vorsitzenden nicht belamugelt, auch fand sich trotz mehrfacher Aufforderung keiner, der den Antrag wegen der Kirchen-Austrittsagitation begründete. Wer objektiv über die Versammlung urteilen will, muß zu dem Entschluß kommen, daß im Vorstände der „Flamme“ eine scharfe Opposition gegen den Vorstoß besteht, die die Freidenkerbewegung und deren Agitation: Heraus aus der Kirche! hervorgerufen hat. Der „Verein der Freidenker“ ist an allen Krementorien Deutschlands angeschlossen, nimmt nur Mitglieder auf, die aus der Kirche ausgestreitet sind, unterstützt die Angehörigen in Todesfällen, übernimmt die gesamten Begräbnungskosten für eine Monatsleistung von 500 Mark und will in der Hauptsache seine Mitglieder davor schützen, daß ihnen die hohen kirchlichen Begräbniskosten erspart bleiben. Man kann nicht daraus herleiten, daß er die Mitglieder der „Flamme“ zum Kirchenaustritt bewegen oder gar dazu zwingen will. Die Versammlung machte den Eindruck, daß ein großer Teil der Mitglieder der „Flamme“ der Kirche bereits ferne steht. Auch muß man zu der Auffassung kommen, daß der spiritus rector der sehr wichtigen Versammlung der Vorsitzende, Herr Maruse, selbst gewesen ist, denn er hat bewußt, wie Herr Lehner ausführte, eine Zwischenversammlung ohne Vorstandsmitglieder zusammenberufen, die in seinem Sinne beeinflusst wurden. Die Geschäftsführung war unterteilt, verlagte gänzlich, das viele Herrenworte von Herrn M. bewirkte die Mit-

glieder, er selbst trübte Demagogie und Spüchlein, so daß abgesehen von einer Unabwieslichkeit von ungefähr 500 Mitgliedern eine sehr scharfe Entschliebung gegen den Freidenkerverein mit 99 Stimmen zur Annahme gelangte. Die Vorstandsmitglieder der „Flamme“ haben die Billigung Herrn Maruse zur Rechenschaft wegen seiner Tätigkeit zu ziehen und unter keinen Umständen zuzulassen, daß die durch Vergewaltigung erzielte Entschliebung veröffentlicht wird, zumal sie vorher von derselben nichts gewußt haben. Falls mit solchen Mitteln seitens des Vorstehens weiter gearbeitet wird, kann Breslau nicht zum Wahren eines Krematoriums kommen, und wenn es unter dem Gesichtswinkel vom Herrn Maruse dennoch dazu käme und der Kirche ausschlaggebende Konzessionen gemacht werden müßten, könnten sich bei den hohen kirchlichen Abgaben den Luxus der Einäscherung nur die Besitzenden erlauben.

Auch in Brodau geht es vorwärts

In Brodau, Kr. Breslau, fand am 17. d. die erste öffentliche Mitgliederversammlung unserer Partei statt. Die Versammlung, welche ungefähr 35 Teilnehmer zählte, setzte sich zum größten Teil aus SPD-Genossen zusammen. Genosse Siebold-Heubertau referierte über das Thema: Wer ist Schuld an Deutschlands Elend. Er zeigte an Hand der Tatsachen den Aufwachen die wahren Ursachen unserer Verelendung auf und wies nach, daß nur eine Arbeiterregierung gestützt auf die breiten Massen des Proletariats, in der Lage wäre, einen Weg aus dem Elend zu bahnen. Der Referent zeigte weiter wie abetmals die Gefahr eines neuen Weltkrieges in bedrohliche Nähe gerückt sei und der internationale Kapitalismus den Zeitpunkt für gekommen glaubt, um dem Herrschen der Weltrevolution, Sowjetrußland, den Todesstoß zu versetzen. Der Beifall der Versammelten, welche mit Interesse den Ausführungen gefolgt waren, bewies, daß sie mit dem Referenten einverstanden waren.

In der Diskussion meldete sich als erste die SPD-Bezirksleiterin Frau zum Wort, welche mit ihren Ausführungen die Versammelten rechtlich langweilte und keinen Anklang fand. Sie langte bei dem Satz, daß die Mehrheit der Arbeiterklasse in der Lage ist, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und der Arbeiterklasse zu helfen, ab und ließ die Diskussion gewiß hinter die Ohren geicheln haben werden.

Nachdem noch einige Genossen im Sinne des Referenten gesprochen hatten, ergriff Genosse Siebold das Schlusswort, welches ihm die Genossin Frau, welche anscheinend zu diesem Zweck von Breslau hergereist war, durch anhaltendes Hineinsprechen unmöglich zu machen suchte. Da sie jedoch eine gründliche Abfuhr erhielt, zog sie es vor, Hals über Kopf zu verschwinden. Der Referent zeigte den Anwesenden, daß es nur die kommunistische Partei ist, welche gewillt ist, mit allen Mitteln den Kampf gegen das Elend zu führen, und nur die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ in allen Lagen rücksichtslos auf Seiten der Arbeiterklasse steht und deren Inter-

essen wahrnimmt. Am Schl. d. d. Sammlung schritt man zur Gründung einer Ortsgruppe, welche die nächsten neu errichtet. Es wurden gerade zwei Abkommen für die „Schlesische Arbeiter-Zeitung“ gewonnen. Eine Zellersammlung ergab den Betrag von 4500 M.

Ausflug nach Kobrowitz

Die Genossen trafen zu dem Ausflug nach Kobrowitz die Hitze 6,09 und 10,28 morg. Spät. Deren. Die Radfahrer liefen sich morgens 8 Uhr am Ring, bei Darsch. Möglichst zahlreiche Beteiligung ist unbedingt notwendig.

Heute

beginnt für jeden Kommunisten die außerordentliche Arbeit der Werbeweche. **Stemmt Euch gegen den wachsenden Druck der kapitalistischen Mächte. Stärkt den Einfluß der kommunistischen Partei. Brecht die Macht der arbeitserfeindlichen Presse. Bahnt der kommunistischen Presse den Weg in jede Arbeiterwohnung.**

Aus der Provinz

Deutsch. Einiges zum Landarbeiterstreik. Auch hier am Orte stehen die Landarbeiter treu zu ihrer Fahne im Kampf um ihr nacktes Leben. Und doch in diesem Kampfe mühte jeder einzelne Industriearbeiter dazu beitragen, um den Landarbeitern den Kampf zu erleichtern, aber weit gefehlt. Kann man doch sehen, daß die Eltern von Industriearbeitern sich hergeben, um Streikbrecherarbeit zu begeben und unseren Brüdern in den Rücken fallen. Wir glauben doch ganz bestimmt, daß sich die Eltern der betreffenden Industriearbeiter viel verdient haben, um ihnen Unterstützung zu erweisen zu lassen in der bitteren Not und sie abzuhalten, ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Bemerkenswert ist noch, daß die betreffenden Söhne in der SPD organisiert sind. Besitzen derartige Leute überhaupt noch einen Funken Klassenbewusstsein. Aber auch zeitliche Nothilfe ist von Besitzern hier eingeseht worden, angeblich Studenten und Lehrer der reichen Leute von den höheren Schulen aus Breslau. Doch das Arbeiten mag ihnen wohl nicht recht bekommen, denn schon am ersten Tage besagten sie sich schon über ihre betrachten und beschmuhten Hände und sind zum Teil wieder abgerückt. Ich glaube ganz bestimmt, die haben sich in ärztliche Behandlung begeben, um ihre samtweichen Händchen in Ordnung zu bringen. Nur mühte der Heilungsprozess recht lange dauern, damit sie ihr Leben lang nicht vergessen, was Landarbeit bedeutet. Jedem Klassenbewußten Arbeiter muß es klar sein, die kämpfenden Genossen finanziell zu unterstützen, damit sie aus dem berechtigten Kampfe als Sieger hervorgehen.

war. Der kapitalistische Charakter anderer Wirtschaft, die sich nicht nach dem Bedarf, sondern nur nach dem Profit richtet, gestaltet sich auch nicht die Leistung des Bedarfs. Außerdem ist bei Lebensstandart der Arbeiter in allen Ländern weit unter die Vorzugszahl gesunken. In einigen Beispielen zeigte Reiner, daß die Kapitalisten keinerlei Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der breiten Massen nehmen. 1918 wurden 500 Dampfer gebaut, um die Verdüsterung mit billigen Gütern zu versorgen. Die Anzahl, die richtige Summen von der Regierung erhalten haben, lagen jedoch nur 250 Dampfer auslaufen, was dadurch das Ergebnis des Fanges zu verringern und die Preise in die Höhe zu treiben. Der Referent bespricht dann weiter die verkehrspolitischen Maßnahmen der Regierungen von 1911 bis heute, die fortwährend nur Ausgaben machten und deren Leistung nur auf die breiten Massen wälzten. Mit der Erfassung der Sachwerte wird solange erwartet worden, bis nicht wir, sondern Volkswirtschaft und Volkswirtschaften zu lassen werden. An der Entscheidung der Markt haben die deutschen Kapitalisten das größte Interesse. Die Regierung Cuno-Behrer begünstigt diese Streifen, bei einem Dollarkurs von 20 000, haben die Kapitalisten unbeschränkte Kredite bekommen und können sie heute bei einem Dollarkurs von 150 000 zurückzahlen. Hierauf bespricht er ausführlich die Frage der Volkswirtschaft, deren Einführung gar keine Befestigung des heutigen Elends bedeuten würde. Genau so verhält es sich mit den wertbeständigen Löhnen. Nur wenn wir Einfluß auf die Preisgestaltung haben, können wir die Löhne verbessern. Ohne Einfluß auf die Preisgestaltung werden die Unternehmer stets alle Löhne auf die Preise miteinkalkulieren und der Arbeiter wird die wertbeständigen Löhne miteinkalkulieren müssen. Als Volkswirtschaft, die vorübergehend, die verzweifelte Lage der Arbeiter lindern können, schlägt Reiner die Einführung einer Preiszentrale vor. Wir sollen uns dabei Rußland zum Vorbild nehmen. Ferner die Erfassung der Sachwerte. Alle diese Forderungen sind von der Errichtung der politischen Macht abhängig. Die Grundlage muß die Arbeiterregierung sein. Wir dürfen vor dem Kampfe nicht zurückweichen und den Klassengegner nicht mit Glace-Handschuhen anfassen. Jetzt ist es die höchste Zeit um mit der Offensive zu beginnen. Die Ausführungen des Referenten, der immer wieder betont, daß wir um den Kampf nicht herumkommen, fanden in der Versammlung lebhaften Beifall. In der Diskussion wurde dem Referenten von fast allen Diskussionsrednern zugestimmt. Vom Genossen Winkler wurde die sofortige Vorbereitung zum Generalstreik verlangt. Genosse Marschall verlangte die Einheitsfront ebenfalls über die Köpfe der Führer hinweg. Einen Mitton in die Debatte brachte der frühere „radikale“ Unabhängige Kamerl. Dieser leere Schwätzer, der sich so gern reden hört, konnte es nicht unterlassen, die Versammlung mit den alten, tausendmal durch Entschien widerlegten Redensarten, wie „die Arbeiterklasse sei nicht reif und nicht stark genug, der Sozialismus muß international durchgeführt werden“ usw., zu lange weilen. Ihm wurde von unserem Genossen Fenduis treffend erwidert, daß diese Ausführungen nur die Feigheit der SPD-Führer, die den Kampf immer gern anderen überlassen, beweisen. Hannemann, geh du voran. Wenn wir auf den guten Willen der Regierung Cuno warten wollen, so können wir gleich jetzt unsere Särge bestellen. Weiter kritisierte Fenduis scharf das Verhalten der SPD-Führer, die in Preußen gegen proletarische Hundstschafften sind, während sie in Sachsen ausdrücklich genehmigt werden. Für die Arbeiterklasse gibt es nur eine Parole entweder Kampf oder Unterangang in die Barbarei. Eingehend begründete Fenduis dann eine Resolution unserer Genossen, die die sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses und die Bildung von Kontrollausschüssen verlangt. Genosse Odrner verlangte, daß die Versammlung eine Delegation von 8 Genossen wählt, die all diese Wünsche den Spitzenorganisationen in Berlin vortragen soll. Bei der folgenden Abstimmung wird die Resolution unserer Genossen gegen eine starke Minderheit, 412 gegen 282, abgelehnt. Die Aufnahme der Rede unseres Genossen Fenduis sowie die 282 für unsere Resolution abgegebenen Stimmen sind ein großer Erfolg für uns. Trotz der schamlosen Lügen der „Volkswacht“ über uns Kommunisten beginnen die Arbeiter zu begreifen, daß eine Einheitsfront der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter zustande kommen muß. Angenommen wurde eine Resolution die ein entschlossenes Vorgehen gegen die Schädlinge des deutschen Volkes verlangt. Die verantwortlichen

Betrieb ~ Gewerkschaft

Zum Artistenstreik in Breslau

Die 3. Zt. im Streit stehenden Breslauer Artisten veranstalteten am kommenden Sonntag, den 24. d. Mts., im Gewerkschaftshaus eine vollständige Varietee- und Kabarettvorstellung. Das Programm wird von einer bisher noch nie gebotenen Reichhaltigkeit sein. Der Ertrag kommt restlos zur Hälfte den notleidenden Familien der so heldenmütig im Kampfe stehenden Landarbeiter, die andere Hälfte den Familien der streikenden Artisten zugute. Die Artisten-Streikleitung richtet folgenden Appell an die Arbeiterklasse Breslaus:

Volksgenossen und -Genossinnen! Zeigt durch Massenbesuch eure Liebe zu den kämpfenden Brüdern und Schwestern und denkt daran, wie schnell vielleicht ihr, vom Hunger getrieben, unserem Beispiel folgen müßt!

Das Nähere über diese Vorstellung wird noch bekannt gegeben. Die Veranstalter halten sich strikt an den Grundsatz: „Für das Volk ist das Beste gut genug.“

Die Artisten-Streikleitung legt Wert auf nachstehende Erklärung: Herr Lesing (Wiesch Sabarett) versucht überall zu verbreiten, die Artisten hätten einen wilden Streik inszeniert, mit der Begründung, sie hätten den Schlichtungsausschuß Breslau nicht gehört. Laut Tarifvertrag kommt ein Schlichtungsausschuß in Breslau gar nicht in Frage, da der sich betätlenden Organisationen Berlin ist und laut Tarifvertrag der Schlichtungsausschuß in Berlin in Form eines paritätischen Sachausschusses, bestehend aus 10 Arbeitgebern und 10 Arbeitnehmern, allmonatlich tagt.

Sie im Schlichtungsausschuß Berlin gestellten Forderungen waren erst folgende: Man wollte gestaffelte Lohnsteigerungen haben und zwar von 12% bis 30 Prozent. Unter großen

Getöse und aufbrausendem Wärm verließen die Arbeitgeber die Verhandlungen und lehrten glatt ab. Daraufhin beschloß die Zentralleitung der I.A. Berlin, am Sonnabend den 16. Juni in sämtlichen Stablflementen Deutschlands, d. h. überall da, wo man sich nicht vor dem 9. Juni geeinigt hatte, an die Direktoren mit der Forderung heranzutreten: Wir verlangen jetzt, da sich alles inzwischen überholt hatte, eine 50prozentige Zulage. Teilweise wurde sie bewilligt und nur in der drei 3. Zt. in Breslau bestritten. Solalen abgelehnt. Herr Lesing hat zweifellos die Gelegenheit benützt, seine Kollegen Geißler und Stössel, die sich über die Situation noch gar nicht klar waren, zu überrumpeln.

Infolge der vielen Bewilligungen im Reich konnte die in Breslau zur Anzahlung kommende Streikunterstützung bereits verdröpelt werden. Eine Verdreifachung der Unterstützungsfähigkeit steht bevor. Einzelne Artisten stehen sich beim Bezuge der hohen Streikunterstützung schon jetzt besser als wenn sie bei niedriger Hungerlöhne den Direktoren zu vollen Häusern verheßen würden. Die Stimmung der streikenden Artisten und Artistinnen ist im Hinblick auf ihren gerechten Kampf gut und zuversichtlich.

Die wertbeständigen Löhne und die Funktionen der Breslauer Arbeiterklasse

Ueber dieses höchst aktuelle Thema sprach gestern vor den zahlreich erschienenen Funktionären des I.A.B. Kollege Reiner. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war überfüllt. Reiner führte ungefähr folgendes aus:

Beim Ausgang des Weltkrieges war eine Reihe von maßgebenden Wirtschaftspolitikern der Ansicht, daß das Wirtschaftsleben einem großen Aufschwung nehmen müsse, da durch den Krieg ein großer Kapitalmangel eingetre-

Genossen sammelt eifrig für den revolutionären Kampfband.

